

Territorialer Beschäftigungspakt



Kärnten

Hauptpartner

Land, Arbeitsmarktservice, Wirtschaftskammer,
Arbeiterkammer, Österreichischer
Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung

2000

Vertragspartner Land, Arbeitsmarktservice
Paktkoordination Arbeitsmarktservice (AMS) Kärnten, Franz Zewell (Tel.: +43 / 463 / 3831 – 103, franz.zewell@200.ams.or.at), Land Kärnten, Mag. Anna Moser (Tel.: +43 / 463 / 536 – 306, anna.moser@ktn.gv.at)

2001

Beratungsagentur Institut für Arbeitsmarktbetreuung (IFA) Kärnten, Mag. Elke Beneke (Tel.: +43 / 463 / 50538 – 21, elke.beneke@ifa-kaernten.at)

2002

Paktgebiet Bundesland Kärnten
Zeitraum Jänner 1999 - Dezember 2002

2003

Finanzierung ATS 293.600.000,- Gesamtmittleinsatz für 2000, zusätzliche Mittel werden aus dem Ziel 3 Programm (Europäischer Sozialfonds - ESF, Schwerpunkt 6) beantragt.

2004

Vertrag Im Dezember 1998 wurde der Vertrag zwischen dem Land, der Landesrätin für Soziales und dem AMS Kärnten für die Dauer von 4 Jahren (1999 - 2002) abgeschlossen.

2005

Beschreibung der Partnerschaft Der AMS Landesgeschäftsführer sowie der Landeshauptmann von Kärnten unterzeichnen die Jahresprogramme und fällen sämtliche paktrelevante Entscheidungen. Delegierte KoordinatorInnen stellen die Kommunikation zu den VertragspartnerInnen sicher und nehmen die Abstimmung von Entscheidungen und die operative Umsetzungsbegleitung wahr. Als Aufsichtsgremium dient eine Plattform aus MitarbeiterInnen der involvierten Fachabteilungen des AMS sowie des Landes und VertreterInnen der Sozialpartner, welche die strategische Kontrolle, die Gewährleistung des Informationsflusses sowie die Ausarbeitung von Vorschlägen übernimmt. Der Pakt wird ferner durch eine Arbeitsgruppe betreut und durch eine Unterstützungsgruppe (IFA Kärnten) beraten.

2006

Ziele Für das Jahr 2000 werden folgende Ziele angestrebt: Integration von 4000 Personen in den Arbeitsmarkt, Sicherung der Beschäftigung, Realisierung von wesentlichen regionalpolitischen Zielen und Projekten im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP), des Entwicklungsleitbildes Kärnten und des Jahresprogramms des AMS.

Zielgruppen Ältere Arbeitslose, Jugendliche, Frauen, Langzeitarbeitslose, Beschäftigte

Ergebnisse 1999 Im Jahr 1999 erfolgte im Rahmen des TEP der Aufbau neuer Kommunikations- und Kooperationsebenen sowie die Entwicklung von neuen Maßnahmen und Projekten. In Summe wurde im Bundesland Kärnten im Rahmen des TEP 1999 rund ATS 214.000.000,- eingesetzt und damit 896 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert.

Inhalte Wiedereingliederung von arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen, Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen durch Qualifizierung von Beschäftigten, Maßnahmen für JungunternehmerInnen, Regionalisierung des TEP (Konzepterarbeitung für die Einbindung regionaler AkteurInnen in die Partnerschaft sowie die Verlagerung der Projektentwicklung auf regionaler Ebene) sowie Entwicklung von Standards in der Projektbewertung und -begleitung

gemeinsam möglichkeiten nutzen

Projektbereiche / Förderinstrumentarien

- Gemeinnützige Eingliederungsbeihilfe, Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte, Kinderbetreuungseinrichtungen: Die Beschäftigung von arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen wird dadurch im gemeinnützigen Bereich gefördert.
- Projekt „Neue Arbeit“: Ziel ist die Integration von Langzeitarbeitslosen mit Mehrfachproblemen im Bereich von sozialen und haushaltsnahen Dienstleistungen.
- Sozialökonomische Betriebe: Weiterführung und Absicherung bestehender Betriebe sowie Einführung von Standards in der Zusammenarbeit mit den Fördergebern
- Arbeitsstiftungen und Entwicklung neuer Stiftungsmodelle: Die Weiterführung und Vertiefung bestehender Arbeitsstiftungen, wie die Metallstiftung, die Handelsstiftung, die Frauenstiftung und die Branchenstiftung AUSPED und AUFLEB. Es erfolgt ferner eine Ermittlung des Bedarfs an neuen Stiftungsmodellen und die Entwicklung derselben.
- Maßnahmen für ältere Arbeitslose: Aufbauend auf eine Studie des AMS „Ältere am Arbeitsmarkt“ werden Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit Älterer entwickelt.
- Qualifizierung von Beschäftigten: Es wurde für Kärnten ein gesamtes Maßnahmenbündel für die Qualifizierung von Beschäftigten zusammengestellt. Zusätzlich werden die Erstellung von betrieblichen Qualifizierungsplänen, Qualifizierungsverbünde sowie Pilotprojekte aktiv unterstützt.

Niederösterreichischer Beschäftigungspakt



Hauptpartner

Land, Arbeitsmarktservice, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung, Bundessozialamt, GemeindevertreterInnenverbände der SPÖ und ÖVP

2000

Vertragspartner Land, Arbeitsmarktservice, Bundessozialamt
Paktkoordination Niederösterreichischer Beschäftigungspakt, Michaela Vorlauffer (Tel.: +43 / 2742 / 200 – 3745, noe.bep@magnet.at)

2001

Paktgebiet Bundesland Niederösterreich
Zeitraum Jänner 2000 – Dezember 2004

2002

Finanzierung ATS 1.246.700.000.- Mitteleinsatz für 2000; zusätzliche Mittel werden aus dem Ziel 3 Programm (Europäischer Sozialfonds - ESF, Schwerpunkt 6) beantragt.

2003

Vertrag Im September 1999 wurde der Niederösterreichische Beschäftigungspakt zwischen den Vertragspartnern abgeschlossen. Ferner wurde eine Unterstützungserklärung seitens der Sozialpartner unterzeichnet.

2004

Beschreibung der Partnerschaft Die Aufgabe der Plattform ist die generelle Beschlussfassung über die Strategie, die Unterstützung und die Rahmenbedingungen des Niederösterreichischen (NÖ) Beschäftigungspaktes. Die Steuerungsgruppe besteht aus VertreterInnen der Vertragspartner und übernimmt die Projektumsetzung, die Einzelentscheidung über paktkonforme Vorhaben und die Steuerung der Paktkoordination.

2005

Ziele Schaffung von 20.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, Senkung der Arbeitslosenquote von 6,9% auf 5,4%, regionale Ausrichtung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik

2006

Zielgruppen Frauen, Ältere, Jugendliche, Langzeitarbeitslose und Menschen mit besonderen Bedürfnissen (Behinderungen)

Ergebnisse 1999 Im Jahr 1999 wurde insbesondere am Aufbau des TEP gearbeitet. Dabei erfolgte die Definition gemeinsamer arbeitsmarkt- und strukturpolitischer Ziele, Vorhaben und Vergabekriterien für den NÖ Beschäftigungspakt. Eine umfassende Status Quo Analyse ermöglichte die Festlegung von Instrumenten und Definition zusätzlicher Projekte im Rahmen des Beschäftigungspaktes.

Inhalte Aufbauend auf die Status Quo-Erhebung werden im Jahr 2000 im Rahmen des NÖ Beschäftigungspaktes struktur- und arbeitsmarktpolitische Vorhaben umgesetzt. Zudem wird an der Verbesserung von Rahmenbedingungen gearbeitet.

gemeinsam möglichkeiten nutzen

Projektbereiche

Strukturpolitische Vorhaben

- ▶ Beschäftigungswirksamkeitsprüfung: Koppelung der Wirtschafts- und Projektförderungen an Beschäftigungswirkungen durch die Einführung einer Beschäftigungswirksamkeitsprüfung, welche die arbeitsmarktpolitische Relevanz der Förderung überprüft.
- ▶ Öffentliche Bauvorhaben: Bei der Vergabe von beschäftigungsintensiven Projekten der Öffentlichen Hand und von Wohnbauförderungsmitteln wird auf die ganzjährige Beschäftigung der ArbeitnehmerInnen geachtet.
- ▶ Weitere Projekte: Zielgenaue Qualifikation von Arbeitslosen bei Betriebsansiedlungen und Unternehmensgründungen, Strukturverbesserung bei Kinderbetreuungseinrichtungen

Arbeitsmarktpolitische Vorhaben

- ▶ Beschäftigungsinitiativen: Der Niederösterreichische Beschäftigungspakt unterstützt Beschäftigungsprojekte, Sozialökonomische Betriebe, Integrative Betriebe und Unternehmensgründungen. Zudem werden Einstellbeihilfen vergeben.
- ▶ Beratungs- und Betreuungseinrichtungen: Arbeitsmarktpolitische Beratungs- und Betreuungseinrichtungen, wie Arbeitsassistenten, Jobcoaching oder Wohnheime werden gefördert.
- ▶ Qualifizierung: Der NÖ Beschäftigungspakt steuert sowohl bei personenbezogenen Kursmaßnahmen, als auch bei Arbeitsstiftungen (etwa Unternehmensstiftungen, Insolvenzstiftungen) und Qualifizierungsmaßnahmen bei.
- ▶ Kinderbetreuung: Abstimmung der Öffnungszeiten auf den spezifischen Bedarf der berufstätigen Eltern, AlleinerzieherInnen und WiedereinsteigerInnen.

Regionaler Beschäftigungs- und Qualifizierungspakt für Oberösterreich



Hauptpartner

Land, Arbeitsmarktservice mit Sozialpartnern

2000

Vertragspartner Land, Arbeitsmarktservice

Paktkoordination Arbeitsmarktservice (AMS) Oberösterreich, Mag. Eva Fischlmayr (Tel.: +43 / 732 / 6963 – 139, eva.Fischlmayr@400.ams.or.at) und Land Oberösterreich, Hofrat Mag. Klaus Sigmund (Tel.: +43 / 732 / 7720 – 5158) und Ulrike Lindner (Tel.: +43 / 732 / 7720 – 5131, ulrike.lindner@ooe.gv.at)

2001

Paktgebiet Bundesland Oberösterreich

Zeitraum Jänner 2000 – Dezember 2000

2002

Finanzierung ATS 357.390.000.- Gesamtbudget für 2000 und Zusatzvereinbarung über ATS 9.000.000.-; außerdem werden Mittel aus dem Ziel 3 Programm (Europäischer Sozialfonds - ESF, Schwerpunkt 6) zum Aufbau regionaler Unterstützungsstrukturen beantragt.

2003

Vertrag Das gemeinsame jährliche Förderprogramm des AMS und des Landes Oberösterreich (OÖ) wird von beiden Partnern beschlossen. Die Paktunterzeichnung 2000 fand am 15. März 2000 statt.

2004

Beschreibung der Partnerschaft Die Förderrichtlinien des Paktes werden jährlich neu erstellt. Dabei stimmt das AMS und das Land OÖ die Maßnahmen des Programms ab. Die Entscheidungsfindung erfolgt laufend zwischen beiden Partnern.

2005

Ziele Mit dem Pakt 2000 sollen in Oberösterreich rund 7900 Personen gefördert werden. Dabei sind die inhaltlichen Ziele die Verbesserung der Vermittelbarkeit langzeitarbeitsloser Personen, die Entwicklung des Unternehmergeists, die Förderung der Anpassungsfähigkeit von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen an den strukturellen Wandel und die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern.

2006

Zielgruppen Langzeitarbeitslose, von Langzeitarbeitslosigkeit Bedrohte, vom Strukturwandel Betroffene, Frauen, ältere ArbeitnehmerInnen sowie ältere Arbeitslose

Ergebnisse 1999 Im Jahr 1999 wurde insbesondere der Bereich Weiterbildungsförderung von ArbeitnehmerInnen über 45 verstärkt. Im vergangenen Jahr konnten im Rahmen dieses Förderansatzes über den TEP 1800 Bildungsteilnahmen älterer MitarbeiterInnen in oberösterreichischen Wirtschaftsbetrieben eingeleitet und dafür bereits ATS 5.235.000.- an Fördergeldern ausgegeben werden (die meisten Bildungsprojekte laufen 2000 weiter).

Inhalte In der neuen Periode 2000 soll die Weiterbildungsförderung von ArbeitnehmerInnen über 45 weiter ausgebaut und besonderes Augenmerk auf die Qualifizierung von Arbeitslosen entsprechend konkret formulierter Nachfragen von Betrieben in Wachstumsbereichen gelegt werden.

gemeinsam
möglichkeiten
nutzen

Projektbereiche

- Gemeinnützige Beschäftigungsinitiativen und sozialökonomische Betriebe: Gefördert werden betriebsähnliche Tätigkeiten, die von gemeinnützigen Trägern mit dem Ziel der zeitlich begrenzten Beschäftigung (durchschnittlich neun Monate) von langzeitarbeitslosen und älteren Personen durchgeführt werden.
- Projekt Haushaltshilfe: Nach diesem Ansatz wird die Einstellung arbeitslos vorgemerkter Personen im Rahmen des Haushaltsserviceprojektes der Volkshilfe OÖ und des Projektes „Haus- und Heimservice“ des OÖ Hilfswerkes gefördert.
- Gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassung und Arbeitsstiftungen: Die Beschäftigung Arbeitsloser (älter als 45 Jahre) wird in Form gemeinnütziger Arbeitskräfteüberlassung gefördert. Das Land OÖ beteiligt sich auch an den Kosten von Ausbildungsmaßnahmen im Rahmen von Arbeitsstiftungen (bedarfsorientierte Aus- und Weiterbildung in anerkannten Bildungseinrichtungen).
- Unternehmensgründungen: Das Land OÖ und das AMS OÖ fördern gemeinsam ein Beratungsprogramm zur Unternehmensgründung für vorgemerkte Arbeitslose mit erfolgversprechenden Gründungsideen, die an die Gründungsberatung verwiesen werden.
- Tele.soft – jobfit for the future: Durch die Qualifizierungsförderung potentieller MitarbeiterInnen für personalnachfragende Betriebe der Bereiche Telekommunikation, Softwareentwicklung und Multimedialanwendung wird der Zuwachs an Arbeitsplätzen in diesen Bereichen unterstützt.
- Qualifizierungsprojekte und Qualifizierungsprogramm für Beschäftigte: Arbeitslose JunglehrerInnen werden zu ErwachsenenbildnerInnen qualifiziert. Das Land OÖ beteiligt sich auch an den Kosten der Bildungsmaßnahmen für arbeitslose Frauen, welche vom AMS an Schulungsträger zur Umsetzung übertragen werden. Die arbeitsmarktpolitische Zielsetzung beim Qualifizierungsprogramm für Beschäftigte liegt in der Forcierung der beruflichen Qualifizierung älterer Beschäftigter ab vollendetem 45. Lebensjahr.

Territorialer Beschäftigungspakt

Arbeit für Salzburg



Vertragspartner / Hauptpartner

Land, Arbeitsmarktservice, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer,
Österreichischer Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung,
Bundessozialamt, Landeslandwirtschaftskammer, Landarbeiterkammer

2000

Paktkoordination Land Salzburg, Mag. Christiane Hofinger (Tel.: +43 / 662 / 8042 – 3541, christiane.hofinger@land-sbg.gv.at)

2001

Paktgebiet Bundesland Salzburg

Zeitraum Jänner 2000 – Dezember 2002

2002

Finanzierung Der geplante Finanzierungsrahmen des TEP beträgt insgesamt ATS 185.000.000.-. Zusätzlich wird für Maßnahmen für Behinderte vom Land und vom Bundessozialamt eine Investitionsförderung von insgesamt ATS 65.200.000.- zur Verfügung gestellt. Eine finanzielle Unterstützung aus dem Ziel 3 (Europäischer Sozialfonds - ESF, Schwerpunkt 6) wurde zudem beantragt und von der Europäischen Kommission die Verlängerung des EU-Paktes in der Höhe von rund ATS 1.300.000.- bewilligt.

2003

Vertrag Der Salzburger TEP wird im September 2000 von den Vertragspartnern unterzeichnet.

2004

Beschreibung der Partnerschaft Die Zusammenarbeit im TEP erfolgt im Rahmen einer Vollversammlung, eines Koordinationsteams, von Arbeitsgruppen und der Koordinationsstelle. Dabei ist die Vollversammlung das entscheidungsbefugte Gremium des TEP, das Koordinationsteam ist für die operative Abwicklung der gemeinsamen Vorhaben zuständig. Arbeitsgruppen werden für spezifische Aufgaben (Öffentlichkeitsarbeit, Projektplanung und -entwicklung) eingerichtet.

2005

Ziele Bekämpfung der rückläufigen Beschäftigungsentwicklung und der Arbeitslosigkeit von Problemgruppen am Arbeitsmarkt. Der Salzburger TEP 2000 legt seine Priorität auf periphere ländliche Regionen, die Verbesserung der Standortfaktoren und die Erhöhung des Qualifizierungsniveaus.

2006

Zielgruppen Frauen und Mädchen, ältere Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Behinderte

Ergebnisse 1997-1999 Durch das Maßnahmenpaket des TEP 1997 – 1999 mit einem Finanzrahmen von ATS 55.237.000.- konnten in Salzburg insgesamt mehr als 1100 Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden. Ca. 40% davon kamen Frauen zugute. Damit wurde die ursprüngliche Zielvorgabe von 500 - 600 Arbeits- und Ausbildungsplätzen um beinahe 100% überschritten. Aufgrund der positiven Erfahrungen des TEP 1997-1999, welcher im Rahmen einer Pilotaktion der Europäischen Kommission gefördert wurde, wird der Pakt ab 2000 im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP) umgesetzt.

Inhalte Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Frauen und Mädchen, Erhöhung der Wiedereingliederungschancen von älteren Arbeitslosen insbesondere durch kombinierte Maßnahmen der Beratung, Qualifizierung und Beschäftigungsförderung, Erhöhung der Wiedereingliederungschancen von Langzeitarbeitslosen durch Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und Nutzung des zweiten Arbeitsmarktes, Sicherung der Eingliederung von Jugendlichen in die Lehrausbildung und den Arbeitsmarkt durch marktergänzende und marktunterstützende Angebote insbesondere auch für benachteiligte Gruppen, Sicherung der Arbeitsmarktchancen von Behinderten

gemeinsam
möglichkeiten
nutzen

Projektbeispiele

- Maßnahmenschwerpunkt für Frauen und Mädchen: Beratungsstellen für Frauen / Wiedereinsteigerinnen, Berufsberatung für Mädchen, Qualifizierungsförderung für Frauen, Mädchen und Unternehmergründerinnen
- Maßnahmenschwerpunkt für ältere Arbeitslose: Vermittlungsmanager, Projekt Initiative 40, Placement-Stiftung, Virtuelles Handwerksteam, Einstellförderung 45+
- Maßnahmenschwerpunkt für Langzeitarbeitslose: ABC - Alphabetisierungsbüro, gemeinnützige und sozialökonomische Beschäftigungsprojekte (Schmankerl, Pongau-Projekt Renaissance, Haus- und Heimhilfe)
- Maßnahmenschwerpunkt für Jugendliche: Information, Beratung von Jugendlichen, Eltern und Betrieben (Berufsinformationsmesse, Lehrplatzentwicklerin), Qualifizierungsmaßnahmen (Kursplätze in sozialökonomischen Kursen, betriebliche Lehrlingsausbildungsförderung benachteiligter Jugendlicher, regionale Lehrausbildungsverbände)
- Maßnahmenschwerpunkt für Behinderte: Ausweitung der geschützten Werkstätten in benachteiligten ländlichen Regionen (geschützte Werkstätte Bruck an der Glocknerstraße, geschützte Werkstätte St. Margarethen im Lungau)
- Übergreifende Maßnahmen: Aus- und Weiterbildungszentrum Lungau, Öffentlichkeitsarbeit (zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit, Berufsinformation für Jugendliche, Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit für das Gesamtprogramm des TEP)

Pakt für Arbeit und Wirtschaft



Tirol

Vertragspartner / Hauptpartner Land, Arbeitsmarktservice, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Österr. Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung, Landeslandwirtschaftskammer, Landesschulrat, Stadt Innsbruck, Tiroler Gemeindeverband

2000

Paktkoordination Land Tirol, Wirtschaftspolitische Koordinationsstelle, Dipl.-Ing. Günther Blunder (Tel.: +43 / 512 / 508 – 3230, g.blunder@tirol.gv.at) und Mag. Gudrun Hofmann (Tel.: +43 / 512 / 508 – 3239, gu.hofmann@tirol.gv.at)

2001

Paktgebiet Bundesland Tirol

Zeitraum August 1999 bis Dezember 2002

2002

Finanzierung ATS 400.000.000.- für 2000, zusätzlich werden Mittel aus dem Ziel 3 Programm (Europäischer Sozialfonds - ESF, Schwerpunkt 6) beantragt.

2003

Vertrag Im August 1999 wurde die Rahmenvereinbarung zwischen den Vertragspartnern des Bündnisses unterzeichnet. Ferner wurde eine spezielle Arbeitsmarktvereinbarung zwischen Land Tirol und Arbeitsmarktservice Tirol geschlossen.

2004

Beschreibung der Partnerschaft Die endgültigen Entscheidungen fasst die für den Regionalen Beschäftigungsplan Tirol zuständige Landesprojektgruppe. Für die Koordination der Umsetzung ist das Projektmanagement „Pakt Arbeit und Wirtschaft Tirol“ zuständig, bei dem die Vertragspartner mit je einem stimmberechtigten Mitglied vertreten sind. Zu verschiedenen Themenbereichen werden Untergruppen des Projektmanagements eingesetzt; Experten werden beratend beigezogen.

2005

Ziele Hauptziel des Paktes im Jahr 2000 ist die nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungslage durch Beschäftigungssicherung und -zuwachs, die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Arbeitsqualität, die berufliche Qualifizierung, Entwicklung des Unternehmergeistes und die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern am Arbeitsmarkt.

2006

Zielgruppen Gemäß den Paktzielen sind alle ArbeitnehmerInnen Zielgruppe des TEP.

Ergebnisse 1999 Im Jahr 1999 erfolgte die Gründung des landesweiten Paktes für Arbeit und Wirtschaft. Ferner konnte eine Zusammenführung des seit 1997 tätigen regionalen TEP Tiroler Oberland / Außerfern mit dem Pakt für Arbeit und Wirtschaft vorangetrieben werden.

Inhalte Chancengleichheit aller Bevölkerungsgruppen, Entwicklung des Unternehmergeistes und Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen sind Hauptinhalte des TEP. Die Arbeitsmarktvereinbarung beinhaltet ferner etwa die Arbeitsplatzbeschaffung und Vorbereitung für den ersten Arbeitsmarkt und die Berufsvorbereitung und Qualifizierung.

gemeinsam möglichkeiten nutzen

Projektbeispiele

- ConRad: Schaffung von Arbeitsplätzen für schwervermittelbare Arbeitssuchende und Langzeitarbeitslose - Reparatur und Recycling rund um's Rad
- Schuldnerberatung: Anstellung eines weiteren Beraters
- E.V.A.: Gründerinnen-Programm mit Unterstützung und Beratung bei Unternehmensgründungen durch Frauen
- OASE: Beratung und Informationen zum Thema Integration; persönliche Assistenz und Unterstützung von Menschen mit „Behinderung“ und deren Umfeld in sämtlichen Bereichen des Lebens; Arbeitsassistentz / Jobcoaching für Menschen mit „Behinderungen“

Territorialer Beschäftigungspakt

Tiroler Oberland und Außerfern

Das Bündnis arbeitete von 1997-1999 in den Bezirken Imst, Landeck und Reutte im Rahmen des Pilotprojektes der Europäischen Kommission und läuft ab 2000 im Rahmen des landesweiten Paktes für Arbeit und Wirtschaft Tirol weiter. Die Paktkoordination im Oberland / Außerfern erfolgt von Mag. Brigitte Sailer (Tel.: +43 / 5412 / 66 101, iri@tirolregional.at).

Im Rahmen des Paktes für Arbeit und Wirtschaft wird die Gründung weiterer regionaler Pakte angestrebt.

Beschäftigungspakt Vorarlberg



Vertragspartner / Hauptpartner

Land, Arbeitsmarktservice, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer,
Österreichischer Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung,
Bundessozialamt, Vorarlberger Gemeindeverband

2000

Paktkoordination Institut für angewandte Arbeitsmarktpolitik (IAP),
Mag. Wolfgang Michalek, (Tel.: +43 / 5574 / 46207 – 14, iap.pakt.michalek@vol.at)

2001

Paktgebiet Bundesland Vorarlberg

Zeitraum Juli 2000 – Dezember 2003

2002

Finanzierung Im Rahmen des Ziel 3 Programms (Europäischer Sozialfonds - ESF, Schwerpunkt 6) werden Mittel für den TEP 2000 beantragt. Beginnend mit der Umsetzung des Paktes ab 2001 werden jährliche Arbeitsprogramme inklusive der Budgetierung der Maßnahmen festgelegt. Zudem wurde von der Europäischen Kommission die Verlängerung des EU-Paktes in der Höhe von rund ATS 1.300.000.- bis Ende des Jahres 2000 bewilligt.

2003

Vertrag Die Partner des Beschäftigungspaktes Vorarlberg (BPV) unterzeichnen im Sommer 2000 eine Kooperationsvereinbarung für 2000-2004. Die Gründung und der Abschluss des BPV ist eine Folge der positiven Erfahrungen der im Rahmen des TEP-Programms der Europäischen Kommission geförderten Langzeitarbeitsloseninitiative Vorarlberg (L.A.I.V.). Der experimentelle Ansatz der Europäischen Kommission, nämlich durch eine umfassende Zusammenarbeit der relevanten arbeitsmarktpolitischen AkteurlInnen, unter Beachtung des „Bottom-up-Prinzips“, Vorhaben zu planen und umzusetzen, ist durch den Abschluss des BPV für Vorarlberg zum „Mainstream“ geworden.

2004

Beschreibung der Partnerschaft Die Organisation des Vorarlberger Beschäftigungspaktes erfolgt auf einer strategischen Ebene (Steuerungsgruppe) und einer operativen Ebene (Koordinationsbüro, Projektgruppen). Die Steuerungsgruppe setzt sich aus VertreterInnen der Vertragspartner zusammen. Zudem können gesonderte Projektgruppen initiiert werden. Ferner wurde für die Koordination und Unterstützung des Vorarlberger Beschäftigungspaktes eine eigene Koordinationsstelle im IAP eingerichtet.

2005

Ziele Im Mittelpunkt der Vorhaben im Jahr 2000 stehen die Durchführung einer Studie zur mittelfristigen Entwicklung der arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Situation Vorarlbergs, anhand deren Ergebnisse die jährlichen Arbeitsprogramme geplant und umgesetzt werden.

2006

Inhalte Die Umsetzung des Paktes ab 2001 wird sich - vorbehaltlich der Ergebnisse der Untersuchung - vor allem mit Fragen der Qualifikation, der bestmöglichen Entsprechung von Fachkräften für die Vorarlberger Wirtschaft und des Gender Mainstreaming beschäftigen.

Ergebnisse des EU-Paktes L.A.I.V. 1999 / 2000 In den Jahren 1997-1999 konnte insbesondere der Ausbau zahlreicher Beschäftigungsinitiativen und die Akquisition von 82 zusätzlichen Arbeitsplätzen bei gemeinnützigen Trägern erreicht werden. Ferner wurde die Vernetzung der Initiativen untereinander gefördert, die Administration der Plattform Arbeitsprojekte durchgeführt, eine Studie realisiert und Pilotprojekte umgesetzt.

gemeinsam möglichkeiten nutzen

Projektbereiche des EU-Paktes L.A.I.V. 2000

Optimierung des Instruments „Beschäftigungsprojekte“, etwa durch:

- Entwicklung eines edv-unterstützten Dokumentationssystems für die Vorarlberger Beschäftigungsprojekte (aufbauend auf den Ergebnissen der L.A.I.V.-Studie zur „personellen und wirtschaftlichen Situation der Vorarlberger Beschäftigungsprojekte“)
- Durchführung eines Pilotprojektes im Bereich Qualitätssicherung und -management bei zwei Vorarlberger Beschäftigungsprojekten mit dem Ziel der betriebswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Optimierung, sowie der Entwicklung eines umfassenden Evaluations- und Analysetools in Zusammenarbeit mit den involvierten PaktpartnerInnen
- Forcierung der Kooperationsmöglichkeiten der Vorarlberger Beschäftigungsprojekte untereinander sowie zu anderen regionalen und lokalen AkteurlInnen (L.A.I.V. administriert etwa die „Plattform der Vorarlberger Beschäftigungsprojekte“)
- Erstellung einer Homepage der „Plattform Arbeit“, zwecks Darstellung der Beschäftigungsprojekte und der Erschließung neuer Vermarktungsmöglichkeiten
- Workshops zum Thema „Organisationsstrukturen für Beschäftigungsbetriebe“

Territorialer Beschäftigungspakt

Wien



Hauptpartner

Gemeinde Wien, Arbeitsmarktservice,
Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds,
Interessenvertretungen der ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen

2000

Vertragspartner
Kontakt (EU-TEP Schnittstelle)

Gemeinde Wien, Arbeitsmarktservice, Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds waff Holding, Abteilung 3, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Mag. Sigrun Bohle (Tel.: +43 / 1 / 21748 – 319, sigrun_bohle@waff.at)

2001

Paktgebiet

Bundesland Wien

Zeitraum

1998 - 2002

Finanzierung

Im Rahmen des Territorialen Beschäftigungspaktes (TBP) Wien 2000 werden die geplanten Einzelmaßnahmen durch den Einsatz von rund ATS 650.000.000.- realisiert. Zusätzlich stehen Mittel der Europäischen Kommission im Rahmen der technischen Hilfe für TEPs zur Verfügung, außerdem wurden Mittel aus dem Ziel 3 Programm (europäischer Sozialfonds - ESF, Schwerpunkt 6) beantragt.

2002

Vertrag

Ermutigt durch die positiven Erfahrungen im Jahr 1999 und vor dem Hintergrund der bis 2002 in Aussicht gestellten kontinuierlichen Finanzierung, haben die Partnerorganisationen festgelegt, die erfolgreiche Zusammenarbeit fortzusetzen und den Territorialen Beschäftigungspakt 2000 zu beschließen.

2003

Beschreibung der Partnerschaft

Der Territoriale Beschäftigungspakt Wien stützt sich auf die Kooperation zwischen dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff) und dem Arbeitsmarktservice (AMS) Wien. Die breite Kooperation mit verschiedensten Trägern und Förderorganisationen wird auch heuer beibehalten bzw. weiter ausgebaut.

2004

Ziele

Mit dem TBP Wien 2000 können insgesamt direkt 17.990 Personen und 692 Unternehmen erreicht werden. Als allgemeine Zielsetzungen gelten die Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wien, die Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten, die Verringerung des Niveaus der Arbeitslosigkeit und die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Quantifizierte Zielsetzungen sind: direkte Erfassung von mindestens 1.000 Personen in spezifischen Maßnahmen für Ältere, Erreichung eines Frauenanteils von nicht weniger als 55% auf Finanzierungs- sowie TeilnehmerInnenseite und globale Integrationsquote von 60% in geplanten teilnahmeintensiven Maßnahmen.

2005

Zielgruppen
Ergebnisse 1999

Frauen, Jugendliche, Ältere, (Langzeit-) Arbeitslose, ArbeitnehmerInnen, Unternehmen

Im Rahmen des waff und des AMS Wien wurden im ersten umfangreichen Maßnahmenförderjahr des Wiener Paktes 1999 über 150 Maßnahmen finanziert. Die wesentlichen Entwicklungen des Jahres 1999 waren die Einbeziehung von über 8.600 Personen in die Leistungen des TBP, ein 60%iger Frauenanteil bei Finanzierung und TeilnehmerInnen und über 40% Gesamtintegrationsquote der TBP Maßnahmen.

2006

Inhalte

Verbesserung der Vermittelbarkeit, Entwicklung des Unternehmergeistes, Förderung der Anpassungsfähigkeit von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, Chancengleichheit von Frauen und Männern. Zur Zielerreichung wurden vielfältige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen eingesetzt: z.B. Berufsorientierung, Qualifizierung, Integration, Sozialökonomische Betriebe, gemeinnützige Beschäftigungsprojekte, Beratung und Betreuung, unternehmensbezogene Dienstleistung, Forschung und Entwicklung.

gemeinsam möglichkeiten nutzen

Projektbeispiele

- Cluster Support Programm: Implacementstiftung zur nachfrageorientierten Rekrutierung und Qualifizierung von Personal für Unternehmen, deren Bedarf an geeigneten MitarbeiterInnen über das Arbeitsmarktangebot nicht gedeckt werden kann.
- FAST Frauenarbeitsstiftung: Stiftungsähnliche Maßnahme mit dem Ziel der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit und Höherqualifizierung von Frauen in innovativen Bereichen, die mittelfristig zukunftsträchtig sind (Neue Medien / Technik, Gesundheit / Soziales, (Internationale) Wirtschaft).
- Regionales Wirtschaftsservice: Dienstleistungsangebot an Unternehmen, bestehend aus Elementen der Wirtschaftsförderung und der Unterstützung von Unternehmen im Bereich der Personalentwicklung und -rekrutierung, auf Ebene der Wiener Gemeindebezirke; ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds.

Regionale Bündnisse

Derzeit besteht ein arbeitsmarktpolitischer Verbund für den 12. und 23. Bezirk und für den 21. und 22. Bezirk. In den arbeitsmarktpolitischen Bündnissen sind die Bezirksvertretungen, das AMS, der waff, die Magistratischen Bezirksämter, die Sozialpartner, Unternehmen und das Institut für Arbeitsmarktbetreuung (IFA) Wien vertreten.

Projektbeispiele: Service für Arbeitssuchende und Betriebe, Jugendqualifizierungsinitiative LIDO, Betriebsinformationstage, Campus Favoriten, etc.